

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser

Halten die uns für blöd, fragt man sich als Konsument angesichts massiv überteuerter Preise bei importierten Waren.

Dank Währungsgewinnen bereichern sich Importeure schamlos und schaden der Schweiz stark: weil sie die Konsumenten scharenweise für den Einkauf ins Ausland treiben, hierzulande für Umsatzsteuern sorgen und KMU zwingen, zu teuer zu produzieren. Viel zu lange haben

Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann und die Wettbewerbskommission tatenlos zugeschaut. Es wird höchste Zeit, dass sie aktiv werden. Mindestens so wirksam wie politische Massnahmen ist der Schachzug von Coop: Es ist richtig, wenn Grossverteiler Produkte von Markenherstellern aus den Regalen werfen, die Währungsgewinne nicht weitergeben. Wenn Migros, Denner und weitere Händler nachziehen und wir Konsumenten überteuerte Importprodukte boykottieren, kriegen selbst Markengiganten ein Problem. Das dürfte auch Importeure anderer Branchen bewegen, endlich ihre Preise zu senken.

Anders als im Kampf gegen überteuerte Importwaren braucht es in der Geldpolitik nun keine Hektik mehr: Es wäre ein Fehler, wenn die SNB schon jetzt ihren stärksten Trumpf ausspielte und ein in der Sache richtiges Euro-Wechselkursziel von 1.10 Franken kommunizierte. Dieses zu verteidigen, ist machbar, aber teuer. Solange es gelingt, Spekulanten mittels geschickter Rhetorik zu verjagen, sollte die SNB die Geldschleusen vorderhand nicht noch mehr öffnen. Denn die eingeleiteten Massnahmen der Nationalbank zeigen bisher Wirkung. Das müssen selbst härteste Kritiker von SNB-Präsident Philipp Hildebrand im Lager von SVP-Strategie Christoph Blocher kleinlaut eingestehen. MARTIN SPIELER, CHEFREDAKTOR

MELDUNG

Grossbrände in Basel und bei Zürich verursachen hohe Schäden



BASEL/ZÜRICH Zwei Grossbrände hielten am Wochenende die Feuerwehren auf Trab. In der Basler Altstadt wurde der historische Andlauerhof durch einen Grossbrand schwer beschädigt. Der Schaden ist laut Staatsanwaltschaft hoch und beträgt «mindestens mehrere Hunderttausend Franken». Als die Feuerwehr anrückte, hatte das Feuer bereits auf ein Nachbarhaus übergegriffen. Sechs Personen wurden von der Polizei aus dem Haus gebracht. Am Samstagmorgen entstand beim Brand eines Einfamilienhauses in Uetikon am See ZH ebenfalls grosser Schaden. Verletzt wurde niemand. Die Brandursache ist in beiden Fällen unklar.

HEUTE

LOTTO	S. 26
SPORT AM TV	S. 26
LESERANGEBOT	S. 40
TV-PROGRAMM	S. 38
RÄTSEL	S. 57
HOROSKOP	S. 64
COMICS/IMPRESSUM	S. 70
WETTER	S. 28

INSERATE

BILDUNG UND KURSE	S. 47
FERIEN UND REISEN	S. 66
IMMOBILIEN KAUF	S. 48
IMMOBILIEN MIETE	S. 50
KINO	S. 32
VERANSTALTUNGEN	S. 33
MARKTPLATZ	S. 32
RENDEZ-VOUS	S. 32

Preiskampf: Allianz für Notrecht

Schneider-Ammann und Konsumentenschutz wollen mehr Macht für die Weko

VON DENIS VON BURG UND PASCAL TISCHHAUSER

BERN Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann will per Notrecht gegen überhöhte Preise bei Produkten aus dem Euroraum vorgehen und so dafür sorgen, dass Währungsgewinne an die Konsumenten weitergegeben werden. Entsprechende Massnahmen wird der Wirtschaftsminister am Mittwoch dem Bundesrat vorschlagen.

Der freisinnige Schneider-Ammann geht damit auf eine Forderung der politisch eher linksorientierten Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) ein. Deren Präsidentin, SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo, hat den Wirtschaftsminister per Brief aufgefordert, der Wettbewerbskommission (Weko) mittels einer dringlichen Verordnung wesentlich grössere Kompetenzen zu geben.

Im Kern geht es der SKS und dem Wirtschaftsminister darum, der Weko langwierige Voruntersuchungen zu ersparen, wenn sie gegen überhöhte Preise bei Importprodukten vorgehen will. «Weko und Preisüberwacher müssen bei auffälligen Preisdifferenzen sofort einschreiten können», sagt SKS-Geschäftsführerin Sara Stalder. «Auffällig» bedeutet für Stalder eine Differenz zum Euroraum von mehr als zehn Prozent. Heute muss die Weko erst Anzeichen für unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen festhalten, bevor sie aktiv werden kann.

«Stärken wir die Weko, hat das Signalwirkung»

Die Massnahme ist juristisch heikel, weil sie praktisch auf die Anwendung von Notrecht hinausläuft. Der Bundesrat würde per Verordnung und am Parlament

vorbei das Kartellrecht ändern. Zudem gibt es in der Weko selbst Vorbehalte. Vizedirektor Patrick Ducret spricht von «unnötigen Notrechtsmassnahmen».

Schneider-Ammann sieht das offensichtlich anders. Mehrere Quellen aus dem Wirtschaftsdepartement (EVD) wissen, dass «Schneider-Ammann in diese Richtung geht». Und Gerold Bühner, Economiesuisse-Chef und Vertrauter des Wirtschaftsministers, bestätigt: «Ich gehe davon aus, dass das EVD Sofortmassnahmen will.»

Die SKS macht Druck. Birrer-Heimo: «Wir haben eine Krise. Deshalb ist dringliches Recht legitim. Stärken wir die Weko, hat das Signalwirkung. Importeure und Lieferanten geraten unter Druck, die Preise zu senken.»

Die Konsumentenstiftung hat 150 Alltagsprodukte aus praktisch allen Bereichen analysiert

und dabei eine durchschnittliche Preisdifferenz zum Euroraum von 90 Prozent festgestellt. Deshalb verlangen die Konsumentenschützer vom Bundesrat, dass er die Weko zu «exemplarischen Voruntersuchungen bei Konsumgütern», die massiv überteuert sind, zwingt.

In der EU hat sich die rigidere Regelung bewährt

Langfristig verlangt die SKS eine Verschärfung des Kartellrechts. Auch dazu ist Schneider-Ammann bereit. Im Vordergrund steht, Preisabsprachen generell zu verbieten. Heute muss nachgewiesen werden, dass diese wettbewerbsverzerrend sind. In der EU hat sich eine solche Regelung bereits bewährt. Weko-Präsident Vincent Martenet hat diese Verschärfung für das Treffen über den starken Franken vom kommenden Mittwoch vorgeschlagen.

FOTOS: RUBEN WYTENBACH/EX-PRESS, SEVERIN NOWACKI/DUKAS



Prisca Birrer-Heimo (SP), Johann Schneider-Ammann (FDP): Der Wirtschaftsminister geht auf Forderungen der SKS-Präsidentin ein

Frankenstärke kostet Bund 73 Millionen

BERN Nicht nur die Währungshüter hadern mit dem starken Franken, auch der Bund wird wohl wegen Währungskäufen Verluste in zweistelligen Millionenhöhe machen. Die Eidgenössische Finanzverwaltung hat vor einm Jahr 396 Millionen Euro und 403 Millionen Dollar gekauft – zum damaligen Wechselkurs von 1.39 Franken für den Euro und 1.08 Franken für den Dollar. Angesichts der Kursentwicklung – heute 1.10 Franken pro Euro, 77 Rappen pro Dollar – betragen die Buchverluste der Finanzverwaltung bereits 73 Millionen Franken. T. PLATTNER

Widmer-Schlumpf plant Steuerentlastungen für Exporteure, Gastronomie und Tourismus

BERN Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf wird dem Bundesrat am Mittwoch Steuererleichterungen für den Tourismus und die Gastronomie vorschlagen. Befristet bis zur Umsetzung der Mehrwertsteuerrevision soll der Steuersatz für die beiden Branchen demnach gesenkt werden. Zur Diskussion stehen 2,5 Prozent.

Auch die durch den starken Franken arg gebeutelte Exportindustrie soll nach den Vorstellungen Widmer-Schlumpfs entlastet werden. Wie genau der Aussenhandel gestützt werden könnte, ist nicht klar. Möglich wäre auch hier die Senkung der

Mehrwertsteuer oder anderer Abgaben wie beispielsweise jene für den CO₂-Ausstoss.

Zudem will die BDP-Ministerin Hand bieten zu einer vereinfachten Verzollung, wie sie der Preisüberwacher Stefan Meierhans schon länger fordert.

Solche Steuer- und Abgabenbefreiungen brauchen normalerweise langwierige Gesetzesänderungen. Weil die Zeit drängt, überlegt sich die Finanzministerin, diese Änderungen

dem Bundesrat über den dringlichen Verordnungsweg vorzuschlagen.

Widmer-Schlumpfs Pläne decken sich weitgehend mit dem Achtunkteprogramm ihrer Partei, das BDP-Präsident Hans Grunder gestern im «Blick» erläutert hat.

DENIS VON BURG, PASCAL TISCHHAUSER



Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf